



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

12

Dezember 2015 / 49. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

**Frohe
Weihnachten
und ein gutes
neues Jahr!**

Seite 5 <

DPoIG-Fachtagung

Was schützt die Polizei –
Die technische Aus-
stattung im täglichen
Einsatz

Seite 8 <

Flüchtlingssituation und
Terrorgefahr in Europa

Herbstsitzung des
DPoIG-Bundesvorstandes
in Stuttgart





Vertreter des Landesvorstands der DPoIG am 10. November 2015 bei Staatssekretär Christian Seel zu Gast

Beim Treffen mit Staatssekretär Seel konnten verschiedene Themen, die uns als Gewerkschaft wichtig sind, erörtert werden. Zunächst wiesen wir darauf hin, dass es nach unserer Ansicht mit der Änderung des Curriculums der FHSV zu lange dauert. Seit fast zwei Jahren wird daran gearbeitet. Nach unserer Ansicht muss ein Ende in Sicht kommen, damit diverse Schwächen der aktuellen Regelung verbessert werden können. Dazu hatten wir bereits mit Ministerin Monika Bachmann 2014 vereinbart, dass jegliche studienrelevanten Kurse innerhalb der Studienzeit abgebildet sein sollten (siehe LuK-Ersteinschreiter). Darüber hinaus halten wir zum Beispiel die Einführung einer Fotografiegrundschulung für sinnvoll.

Die erhöhte Durchfallquote im vergangenen Jahr ist aus unserer Sicht ein Signal hier gegenzusteuern. Die DPoIG Saarland fordert daher, dass eine Art Förderangebot auf freiwilliger Basis für die Studierenden vor allem des Grundstudiums angeboten wird. Hier könnten „ältere“ Jahrgänge den Berufseinsteigern wichtige Tipps und Hilfe zur Prüfungsvorbereitung ge-



➤ Staatssekretär Christian Seel sowie die DPoIG-Vertreter Sascha Alles und Christian Kelkel (von rechts)

ben. Dieser Vorschlag fand grundsätzlich Zustimmung bei Staatssekretär Seel.

Außerdem war man sich schnell einig, die Zahl derjenigen, die das Studienziel nicht erreichen, bei der nächsten Einstellung wieder zu kompensieren, um die Gesamtzahl der Neueinstellungen nicht noch weiter zu reduzieren! Dies sei, laut Herrn Staatssekretär, auch ein erklärtes Ziel bei den Verhandlungen mit dem Finanzministerium.

Bei dieser Gelegenheit machte der Vorsitzende der DPoIG, Sascha Alles, erneut deutlich, dass eine spürbare Erhöhung der Einstellungszahl bereits im kommenden Jahr notwendig ist. Die DPoIG hat dies auch bei allen Haushaltsberatungen mit den Landtagsfraktionen deutlich gemacht.

Beim Thema Personal wurde klar, dass die Hausleitung bemüht ist, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich bieten. Daher betonten die Vertreter der DPoIG erneut, dass kurzfristig die Schaffung von Tarifbeschäftigungen nötig sind, um schnellstmöglich die Polizeibeamten/-innen zu entlas-

sen. Der Abbau von Tarifstellen muss nach unserer Ansicht direkt gestoppt und durch Schaffung neuer Stellen sogar umgekehrt werden. Hierzu wurde auch die Möglichkeit des Bereitstellens von Stellen für sogenannte **Sicherheitsassistenten** erörtert, wie es sie bereits in Baden-Württemberg gibt.

Auch brachte der Landesvorsitzende Alles das sogenannte „**Pfälzer Modell**“ ins Spiel, bei dem auch gezielt Absolventen mit Mittlerer Reife angesprochen werden. Diese sollen in einem ersten Schritt das polizeiliche Auswahlverfahren durchlaufen, ohne die schulischen Voraussetzungen zu erfüllen. Bei grundsätzlicher Eignetheit für den Polizeiberuf, wird eine Einstellungszusage für einen bestimmten Zeitraum (zwei bis drei Jahre) gegeben, indem jedoch noch die Fachhochschulreife selbstständig erworben werden muss. Dies führt zum Zugang zu einer deutlich größeren Gruppe an potenziellen Bewerbern/-innen.

Staatssekretär Seel hält dieses Modell für überlegenswert. Es müssen hierbei noch die Erfahrungen und genauen rechtlichen Modalitäten der Polizei

Rheinland-Pfalz geprüft werden.

Das von der DPoIG angestoßene Thema „Body Cam“ ist auf einem guten Weg. Die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen ist angestoßen und es ist vorgesehen, ein Pilotprojekt über die Einsatzmöglichkeiten zu starten. Wir halten das für einen gangbaren Weg und betonten, dass wir keine Grundausstattung aller Polizisten/-innen anstreben, sondern eine gezielte Auswahl von Dienststellen beziehungsweise Einsatzbereichen hierfür als sinnvoll erachten.

Abschließend wurde das Thema **Beförderungsbudget** erörtert. Hier sagte Herr Seel zu, dass das Budget von 485 000 Euro für das kommende Jahr bereits zugesagt ist. Über das Jahr 2016 hinaus gebe es jedoch noch keine klare Entscheidung, dies wäre noch regierungsintern in Abstimmung.

Die DPoIG wies in diesem Zusammenhang auf die aktuellen „Restzweier“ in Höhe von circa 375 hin, die absehbar nicht mehr alle bis zum Ende der Beurteilungsperiode befördert werden können. Hier wird aus unserer Sicht Handlungsbedarf dringend erforderlich. Sonst wird es noch das Budget von 2017 komplett benötigen, diese Kollegen/-innen zu befördern.

Am Ende lässt sich festhalten, dass unsere Forderungen und Anregungen auf ein positives Echo der Hausleitung fallen und dies macht uns Hoffnung, dass die genannten Problemstellungen absehbar gelöst werden. ■

Impressum:

Redaktion:
Willi Kummer (V. i. S. d. P.)
Franz-Schubert-Straße 26
66125 Dudweiler
Telefon: 06897.75575
Fax: 06897.179400
E-Mail: kummer.willi@arcor.de
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553
Internet: www.dpolg-saar.de
E-Mail: dpolg-saar@t-online.de
ISSN 0937-4876



Bundesvorsitzender Rainer Wendt zu Gast im Saarland

Auf Einladung der CDU-Landtagsfraktion traf sich Rainer Wendt mit Innenpolitikern

der CDU sowie mit dem Innenstaatssekretär Christian Seel. Am 4. November war

unser Bundesvorsitzender als Gast im Saarland unterwegs. Der Generalsekretär der CDU Saar, Roland Theis, hatte Rainer Wendt eingeladen, um ihm die Gelegenheit zu geben, die Positionen der DPoIG in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingssituation aber auch die Themen Personal und Aufgabenkritik darzustellen.

In einem anschließenden Termin mit Staatssekretär Christian Seel wurden neben den vorgenannten Themen auch noch weitere interessante Fragen erörtert.

Fazit: Gute und angenehme Gespräche, die absehbar Folgen zeigen werden!

(Ausführlicher Bericht im Bundesteil)



> Günter Becker MdL; Roland Theis MdL; Rainer Wendt; Ruth Meyer MdL; Sascha Alles (von links)



> Roland Theis MdL; Rainer Wendt; Sascha Alles; Christian Seel, Staatssekretär (von links)

Bundesjugendkonferenz in Mainz

Anne Zeeman erklärt ihren Rücktritt

Vom 27. bis 29. Oktober 2015 fand die zweite BJK 2015 in Mainz statt.

BJK steht für Bundesjugendkonferenz. Dort kommen alle Landesjugendleiter der Länder und von der Bundespolizei zusammen, um sich auszutauschen und gemeinsam an Aktionen wie zum Beispiel der DPoIG-APP und dem „Freund und Helfer“ oder Ähnlichem zu arbeiten.

Aus dem Saarland haben zwei Vertreter an der BJK teilgenommen, Markus Sehn und Anne Zeeman.

Dieses Mal war die BJK zu Gast in Mainz, daher wurde traditionsgemäß der Landesvorsitzende der DPoIG eingeladen. So konnte Benno Langenberger (LV RLP) vor 36 Teilnehmern seine DPoIG vorstellen und in einer

angenehmen Runde noch ein paar kreative Ideen aus der Jugend mitnehmen.

Der kulturelle und gesellschaftliche Part durfte bei dieser Veranstaltung natürlich nicht fehlen, sodass bei einer nächtlichen Stadtführung durch Mainz die Geheimnisse unserer Vergangenheit erkundet wurden.

Erstmals war Ralf Kusterer (DPoIG Baden-Württemberg) bei der BJK als Vertreter der Bundesleitung anwesend. Ralf Kusterer ist selbst in der JUNGEN POLIZEI groß geworden und hat jetzt Joachim Lenders (DPoIG Hamburg) als Verantwortlicher für die JUNGE POLIZEI in der Bundesjugendleitung beerbt.

Das Gremium der JUNGEN POLIZEI hat natürlich gleich die Gelegenheit beim Schopfe ergrif-



> Bundesjugendleiter Daniel Jungwirth verabschiedet Anne Zeeman

fen und alle Ideen und Projekte, bei denen eine Unterstützung durch die Bundesleitung erforderlich ist, mit auf den Weg gegeben.

Neben allerlei Projekten wurde auch einige Zeit mit der Diskussion um die Herausforderungen für die Polizei aufgrund der aktuellen politischen Lage verbracht. Bei ei-

nem sind wir uns sicher, die akuten Belastungen der Polizisten/-Innen, insbesondere bei der Bundespolizei und der Landespolizei Bayern, kann nur bedingt durch gewerkschaftliche Einsatzbetreuung und Unterstützung aufgefangen werden. Hier muss die Politik handeln.

Anlässlich der BJK hat Anne Zeeman ihren Rücktritt von ihrem Amt als stellvertretende Bundesjugendleiterin erklärt. Bei einer Nachwahl wurde die Landesjugendleiterin der JUNGEN POLIZEI Rheinland-Pfalz, Katja Sorgen, zur stellvertretenden Bundesjugendleiterin gewählt.

Anne Zeeman sagte Folgendes: „In der Gewerkschaftsarbeit steckt mein Herzblut, ich liebe es, mich bei Einsatzbetreuungen zu engagieren, kreative Ideen umzusetzen und Lösun-



gen auf ganz ungewöhnliche Art zu finden. Das erfordert ein hohes zeitliches und persönliches Engagement. Gewerkschaftsarbeit ist mein Hobby und füllt meine gesamte Freizeit. Aus privaten Gründen hat sich meine Prioritätenliste etwas verschoben. Damit das Amt der stellvertretenden Bundesjugendleiterin weiterhin mit dem gleichen Engagement ausgeführt wird, die es verdient, war eine Nachwahl

erforderlich. Ich freue mich, dass Katja Sorgen zukünftig dieses Amt übernimmt.“

Nach all den langen Sitzungstagen, bei den viele Ideen besprochen wurden, gilt es als sicher, dass ein aufregendes Jahr 2016 folgt.

Die DPoIG Saarland bedankt sich bei Anne Zeeman für ihr unermüdliches Engagement in der Jugendarbeit!!! ■

> Wir gratulieren ...

... zum Geburtstag in den Monaten Dezember und Januar

Angela Gerber
Walter Anton
Ortwin Drumm
Alois Fixemer
Herbert Raubuch
Armin Vogel

Horst Dörr
Wolfgang Bläs
Rebecca Appel
Ehrenfried Hinz
Siegmond Rau
Hans-Werner Hölscher

Grußwort von Herrn Minister für die Dezember-Ausgabe 2015 der Zeitschrift „POLIZEISPIEGEL“ der DPoIG

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

ein aus meiner Sicht sehr ereignisreiches Jahr geht zu Ende. So sind die bevorstehenden Feiertage ein willkommener Anlass innezuhalten und den Blick nach vorne zu richten auf die Themen und Aufgaben, welche uns sicherlich noch im neuen Jahr beschäftigen werden.

Heute mehr denn je wirken die weltweiten Krisenherde auf Europa, Deutschland und das Saarland, insbesondere die Flüchtlingsströme – an erster Stelle aus Syrien, Afghanistan und einigen afrikanischen Staaten. Aufgrund der dortigen Verhältnisse haben Menschen in großer Zahl mit der Hoffnung auf ein besseres Leben ihre Heimat verlassen und sind auf der Flucht.

Die Bewältigung der Flüchtlingsthematik ist für unsere Gesellschaft ein großer Kraftakt. Dabei bringt sich die Polizei in professioneller und hervorragender Art und Weise ein, wie ich mich mehrfach auch persönlich in

unserer Landesaufnahmestelle überzeugen konnte. Insgesamt hat die Thematik Auswirkungen auf alle Felder der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung und wird uns weiterhin fordern. Dahinter darf jedoch der Anspruch der Menschen im Saarland auf innere Sicherheit, für den die Polizei maßgeblich mitverantwortlich ist, nicht zurückstehen. Dieser Spagat zwischen besonderen Herausforderungen und allgemeiner tagtäglicher Polizeiarbeit, ebenfalls geprägt durch wachsende Aufgabenvielfalt, ist der Polizei in besonderem Maße gelungen. Dieses Ergebnis haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der saarländischen Polizei durch ihre gute Arbeit sowie ihren vorbildlichen Einsatz erreicht. Dafür meinen herzlichen Dank.

Auch das neue Jahr wird uns wohl mit weiteren nicht vorhersehbaren Entwicklungen, komplexen Aufgaben und schwierigen Rahmenbedingungen konfrontieren, denen wir uns mit viel Engagement und Motivation stellen müs-

sen. Hier ist mir unter anderem die Bekämpfung sozial-schädlicher Delinquenz, insbesondere im persönlichen Nahbereich, wie zum Beispiel der Wohnungseinbruchsdiebstahl, ein zentrales Anliegen. Ich bin zuversichtlich, dass wir durch den von unserem Landespolizeipräsidium eingeschlagenen Weg auch weiterhin für ein Mehr an Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sorgen können.

Es gilt heute in unserer schnelllebigen Zeit einmal mehr, aktuelle Anforderungen, gesellschaftliche Veränderungen und sonstige strukturelle Rahmenbedingungen kontinuierlich im Blick zu haben. Hierzu habe ich mit dem Ziel einer Stärkung der operativen polizeilichen Bereiche eine Evaluierungskommission (EVAKOM) eingesetzt. In diesem Kontext kommt den Personal- und Interessenvertretungen und somit unter anderem auch der DPoIG, die als Akteur im Beirat der EVAKOM mitwirkt, eine besondere Bedeutung zu. Unsere dortige Zusammenarbeit



habe ich als professionell, vertrauensvoll und angenehm empfunden. Hierfür sage ich ausdrücklich Danke.

Ihnen, liebe Beschäftigte der saarländischen Polizei und ihren Familien, wünsche ich für die vor uns liegende besinnliche Zeit frohe Weihnachten sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2016. Dabei sind meine Gedanken insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen, die an den Feiertagen arbeiten müssen. Ihnen wünsche ich ganz besonders, dass dennoch genug Zeit bleibt, um einige besinnliche Stunden mit ihren Familien oder Freunden zu verbringen.

Klaus Bouillon



> Stand Widerspruchsverfahren

„Amtsangemessene Alimentation für die Jahre 2011/2012“

Antrag auf amtsangemessene Alimentation für das Jahr 2015

Die drei Widerspruchsverfahren, die der dbb saar aufgrund der Nullrunde in 2011 und zeitlichen Verschiebung in 2012 auf den Weg gebracht hat, wurden ruhend gestellt, bis über die anhängigen Verfahren aus NRW beim Bundesverfassungsgericht entschieden ist.

Die Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBS) hat mit Schreiben vom 6. August 2013 unserer Rechtsanwaltskanzlei dies schriftlich bestätigt und auf die Einrede der Verjährung verzichtet. Diese Verzichtserklärung auf die Einrede der Verjährung gilt nur für die drei Widerspruchsverfahren. In allen übrigen Verfahren könnte die Verjährungseinrede erhoben werden. Aufgrund der bisherigen strengen Anwendung der Rechtsprechung empfiehlt der dbb, den Beamten und Versorgungsempfängern, die bereits für 2011, 2012, 2013 und 2014 einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation gestellt haben, zur Vermeidung von Rechtsnachteilen vorsorglich in jedem Kalenderjahr Widerspruch gegen die verfassungswidrige

Besoldungserhöhung zu erheben und eine amtsangemessene rückwirkende Besoldungserhöhung zu beantragen.

Ein entsprechender Antrag (Muster über die Geschäftsstelle erhältlich) sollte bis Ende 2015 gestellt werden.

> Besoldungsanpassung 2015/2016

Im Spitzengespräch zur Besoldungsanpassung 2015/2016 am 19. Mai 2015 zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften konnte nachfolgende Einigung erzielt werden:

2015 lineare Erhöhung um **1,9 Prozent**, **2016** lineare Erhöhung um **2,1 Prozent**, **mindestens 75 Euro** (der Mindestbetrag wirkt bis in die Besoldungsgruppe A 1/A12).

Zusätzlich werden in 2015 und 2016 jeweils 0,2 Prozent den **Versorgungsrücklagen** zugeführt.

Die Auszahlung erfolgt in **2015** – wie schon am 8. Juni 2013 vereinbart:

> bis Besoldungsgruppe A 9 zum 1. Mai,

> bis A 13 zum 1. Juli und
> ab A 14 zum 1. September.

In **2016** wird die Auszahlung um weitere zwei Monate verschoben, das heißt:

> bis Besoldungsgruppe A 9 zum 1. Juli,
> bis A 13 zum 1. September und
> ab A 14 zum 1. November.

Mit den linearen Erhöhungen in 2015 und 2016 nehmen die Beamten und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen nach 2010 erstmals wieder im Gleichschritt mit den Tarifbeschäftigten des Landes an der allgemeinen Einkommensentwicklung teil. Mit diesem Gesamtergebnis sind die Forderungen des dbb saar und seiner Fachgewerkschaften in der Einkommensrunde 2015/2016 weitestgehend erfüllt.

Mit den zeitlichen Verschiebungen der Besoldungsanpassungen in 2015 und 2016 liegt das Saarland im Trend der übrigen Bundesländer.

Weihnachtsgruß des Landesvorsitzenden

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und erneut ist die saarländische Polizei nicht zur Ruhe gekommen und wird dies auch absehbar nicht.

Die Personalnot wird nunmehr an allen Ecken des Landespolizeipräsidiums deutlicher und führt unter anderem zu enormen Belastungen der Kollegen/-innen, die den berühmten „Strang ziehen“!

Die aktuelle Flüchtlingssituation, die uns auch noch in den nächsten Monaten (Jahren) beschäftigen wird, verstärkt die Belastungen im öffentlichen Dienst weiter. Das Sparen am Personal in den letzten Jahren zeigt sich an dieser Stelle abermals als Fehlentscheidung. Jedoch sehen wir als DPolG auch

die Chancen, die sich bieten. Denn das Image der Polizei, das im Saarland in diesem Jahr teilweise doch sehr gelitten hat (siehe diverse Presseberichte zum Thema Betrug durch Polizeibeamte/Foltervorwürfe, et cetera), wurde durch das professionelle und gute Auftreten der Polizei in der Bewältigung der Flüchtlingssituation aus unserer und der Sicht des Innenministers deutlich verbessert.

Fehlverhalten Einzelner wurde und wird nicht geduldet, scheidet aber in der Regel allen.

Aus diesem Grund war es ein gutes Signal, dass die Behördenleitung dies auch klar vertritt.

Insgesamt erwarten wir jedoch noch ein schwieriges Jahr 2016. Denn die Beförderungssituation sowie die Personalsituation bleiben unverändert ange-

spannt. Die DPolG hat sich jedoch in den vergangenen Wochen deutlich um Verbesserungen bemüht und bei den Landtagsfraktionen und den Vertretern des Ministeriums um Unterstützung geworben. Es gilt der Grundsatz: „Was nichts kostet, taugt auch nichts!“ Wir erwarten daher kurzfristig Verbesserungen im Tarifbereich und mittelfristig im Beamtenbereich. Der Abbau von Tarifstellen muss nach unserer Auffassung sofort beendet und zurückgedreht werden. Im Beamtenbereich muss die Einstellungszahl wieder deutlich erhöht werden, da die Ausbildung von neuen Polizeibeamten/-innen drei bis fünf Jahre braucht und wir dann bereits über die Kollegen des Jahres 2021 sprechen.

Wir hoffen und erwarten von den politisch Verantwortlichen deutliche finanzielle und per-



> Sascha Alles

sonelle Zugeständnisse für das kommende Jahr.

In diesem Sinne darf ich im Namen des Landesvorstandes der DPolG Saarland Euch und Euren Familien eine besinnliche und ruhige Weihnachtszeit und ein gutes, erfolgreiches neues Jahr 2016 wünschen.

Wir bleiben für Euch am Ball, versprochen!

Sascha Alles,
Landesvorsitzender